



GR 07/2017

Niederschrift

der SITZUNG des GEMEINDERATES am Donnerstag, 16. 11. 2017,
um 20.00 Uhr im Sitzungszimmer des Gemeindeamtes Radfeld

Anwesend:

Bürgermeister Mag. Josef Auer, Bgm.-Stv. Friedrich Fischler und die Gemeinderäte Christian Laiminger, Hans Peter Ostermann, Karin Stock, Friedrich Huber, Anton Wiener, Gottfried Seiwald, Birgit Widmann, Thomas Laimgruber, Claudia Weinberger und die Ersatzgemeinderäte Renate Maurer, Hans Agerer, Rupert Lentner und Melanie Gasteiger

Weiters: Frau Mag. (FH) Jutta Reindl (Schriftführerin).

Nicht anwesend und entschuldigt: GR Hermann Wiener, Maria Mayr, Markus Rupprechter und Andreas Klingler

Besucher: Dir. Härting und Hr. Teleman/Frieden sowie Arch. Wurzer

Tagesordnung:

1. Bericht des Bürgermeisters
2. Projekt Betreutes Wohnen (Planänderung Kellergeschoß)
3. Bericht des Ausschusses für Verkehr, Umwelt, Kanal, Wasser
4. Bericht über den derzeitigen Stand betreffend Hochwasserschutz Inn
5. Reauditierung Familienfreundliche Gemeinde 2018
6. Resolution Pflegeregress
7. Mietzinsbeihilfeansuchen
8. Allfälliges

Die Sitzung war öffentlich.

Verlauf der Sitzung:

1. Bericht des Bürgermeisters:

1.1. Bericht aus dem Planungsverband

a) Parkplatz P & R Bahnhof Brixlegg

Die Parkplatzknappheit am Bahnhof Brixlegg wird immer prekärer. Es ist angedacht, einen Teil des Parkplatzes der Firma Giesswein anzupachten. Der Beitrag für die Gemeinde Radfeld würde ca. € 375,00 - € 750,00 pro Jahr betragen.

b) Sozialsprengel

Der Sozialsprengel der Gemeinden unserer Region platzt räumlich aus allen Nähten. Es ist geplant, sich in einem Neubau der Neuen Heimat Tirol neue Räumlichkeiten zu schaffen. Dafür sind von den betroffenen Gemeinden in den nächsten zwei Jahren größere Geldbeträge (ca. € 180.000,00 für die Gemeinde Radfeld, kurzfristig angekündigt!) notwendig.

c) Auswärtigenzuschlag

Es wurde vereinbart, dass für Personen aus den Gemeinden des Planungsverbandes bei einer notwendigen Kurzzeitpflege in den Heimen Kramsach, Brixlegg und Münster kein Auswärtigenzuschlag verrechnet wird.

1.2. Informationen zur Raumordnung:

Der Bürgermeister war heute wegen Umwidmungsfragen von zwei Betrieben beim Land, Abt. Raumordnung. Dabei wurde ihm mitgeteilt, dass sich Radfeld noch immer in der Widmungssperre befindet. Dr. Öggl/Abt. Raumordnung hat einen Unterschied zwischen Örtlichem Raumordnungskonzept (ÖROK) und Flächenwidmungsplan entdeckt. Innerhalb von zwei Jahren nach der Rechtskraft der Fortschreibung muss aber der Flächenwidmungsplan zu 100 % angepasst sein. Wenn es einen Widerspruch zwischen Raumordnungskonzept und Flächenwidmungsplan gibt, erteilt das Land eine Widmungssperre. Das gesamte Gebiet von der Tischlerei Rieder bis Altenburger (nördlich der Dorfstraße) ist im ÖROK als „Mischgebiet beschränkt“ (Mb) - wie z. B. der Bereich nördlich der Innstraße ab Besi bis Zwischenberger/Bauhof - eingetragen. „Mischgebiet beschränkt“ heißt, dass kleineres Gewerbe und Betriebswohnungen zulässig sind. Im Flächenwidmungsplan ist es jedoch immer noch als „Mischgebiet“ (M) ausgewiesen. Zum Zeitpunkt der Fortschreibung musste so entschieden werden, weil für alle innerhalb der IGL Linie liegenden Flächen eine Widmung als Mischgebiet gesetzlich untersagt ist. Deshalb kam keine andere Widmung in Frage. Der Bürgermeister konnte bei dem Gespräch in Innsbruck aber erreichen, dass die Beschränkung auf Mb für bereits bebaute Grundstücke in diesem Bereich nicht angewendet werden muss. Raumordner DI Christian Kotai bereitet den dafür nötigen Gemeinderatsbeschluss vor, damit die Widmungssperre ehestmöglich aufgehoben werden kann.

2. Projekt Betreutes Wohnen (Planänderung Kellergeschoß)

Der Bürgermeister berichtet über die Planänderung im Kellergeschoß, die aufgrund der derzeit hohen Baukosten nötig ist. Es handelt sich dabei um eine Änderung der Kellerabteile (werden etwas kleiner) sowie eine andere Anordnung der Tiefgaragenstellplätze. Der Bau wird ansonsten wie geplant und verhandelt errichtet. Es entstehen 13 betreute und 15 andere Wohnungen. Die Vergabe erfolgt unter

Mitsprache der Gemeinde, alle Fraktionen sind beteiligt. Die Pläne können zu den Amtsstunden eingesehen werden.

Dir. Härting/Genossenschaft Frieden hat letztlich eine Einigung mit der Baufirma erzielt. Frieden trägt die etwas höheren Kosten. Er betont das Engagement des Bürgermeisters zur Findung einer für alle zufriedenstellenden Lösung.

Der Bürgermeister kündigt die Entwicklung eines Verkehrskonzeptes an, um Blockaden der Straßen zu vermeiden. Ersatzgemeinderätin Gasteiger erkundigt sich wegen der Mittagsruhe. Diese wird lt. Bürgermeister nicht immer eingehalten werden können.

Der Gemeinderat stimmt dem Baubeginn mit der vorgeschlagenen Planänderung mit 14 zu 1 Stimmen zu.

3. Bericht des Ausschusses für Bau- u. Raumordnung, Verkehr-Umwelt-Kanal-Wasser

Der Bürgermeister berichtet überblicksweise aus dem Ausschuss (siehe Protokoll der Sitzung vom 30.10.2017). Die ÖBB haben bei einem Gespräch im Gemeindeamt angekündigt, dass die Unterinntaltrasse bis Kufstein weiter gebaut wird. Die Planung dafür ist Ende 2018 abgeschlossen, 2019 findet die Umweltverträglichkeitsprüfung statt mit anschließendem Baubeginn. Dafür ist ein provisorischer Autobahnanschluss nötig. Die Gemeinde soll prüfen, ob Flächen für den Aushub bzw. Auffüllungen möglich sind. Der Plan der Trasse kann im Gemeindeamt eingesehen werden.

4. Bericht über den derzeitigen Stand betreffend Hochwasserschutz Inn

Der Bürgermeister fasst die Fakten im Überblick wie folgt zusammen: Von offizieller Seite gibt es noch immer keine schriftliche Stellungnahme. Aus dem Protokoll des Informationstreffens für die betroffenen Gemeinden im Gemeindesaal Kramsach (Radfeld war durch Bgm. Stv. Fritz Fischler vertreten, Bürgermeister Josef Auer war auf Urlaub) ist eindeutig zu entnehmen, dass auf die Radfelder Argumente und Forderungen bisher in vielerlei Hinsicht immer noch nicht oder viel zu wenig eingegangen wird. Darüber hinaus stehen in diesem Protokoll Aussagen bzw. Argumente, die nicht den Tatsachen entsprechen. Der Bürgermeister hat auf die wesentlichen Punkte in diesem Protokoll schriftlich per Mail hingewiesen und sie erläutert (am 12.11.2017 an das Land Tirol, das Mail wurde zur Information auch an alle Radfelder Gemeinderatsmitglieder geschickt). Im Herbst gab es mehrere Besprechungen des Bürgermeisters und des Bgm. Stellvertreters mit den Vertretern der Radfelder Landwirte und Vertretern des Landes. Dabei wurde auch der Bericht „Agrarische Grundlagenerhebung“ sowie der Bericht „Rückmeldungen der Grundeigentümer zum generellen Projekt Retentionsraum Radfeld-Kundl“ durchgearbeitet. Der Bürgermeister hat sodann alle Punkte, die sich aus den Besprechungen mit den Radfelder Vertretern ergeben haben, schriftlich zusammengefasst, noch einmal durchbesprochen und schließlich 9 Punkte schriftlich zu Protokoll gegeben. Dieses Protokoll wurde am 07.11.2017 den Vertretern des Landes (Federspiel, Walder, Fuchs, Walser) bei einer Besprechung im Gemeindeamt Radfeld übergeben und vom Bürgermeister inzwischen auch den Gemeindemandataren per Mail zugeschickt.

Auch bei dieser Besprechung am 07.11.2017 wurde von Seiten des Landes festgestellt, dass aus den Rückmeldungen nicht ersichtlich war, dass das Projekt aufgeschnürt werden müsste. Dies ist für uns nicht nachvollziehbar.

5. Reauditierung Familienfreundliche Gemeinde 2018

Die Gemeinde Radfeld ist als familien- und kinderfreundliche Gemeinde zertifiziert. Um diese Zertifikate weiter führen zu dürfen, steht alle drei Jahre ein neuerliches Audit (Reauditierung) an. Zuletzt wurde dieser Prozess im Dezember 2013 beschlossen. Die Zertifikatsverleihung für 2017 – 2020 ist bereits erfolgt. Daher ist jetzt die Reauditierung fällig und ein entsprechender

Gemeinderatsbeschluss herbei zu führen. Für die Gemeinde Radfeld entstehen keine weiteren Kosten, da es für den Reauditierungsprozess eine Förderung vom Familienministerium gibt.

Der Gemeinderat beschließt die Reauditierung als familien- und kinderfreundliche Gemeinde einstimmig.

6. Resolution Pflegeregress

Der Nationalrat hat am 03.07.2017 mit Verfassungsmehrheit den Pflegeregress abgeschafft. Das heißt, dass nun die Länder und Gemeinden zu einem hohen Anteil für die Kosten aufkommen müssen, was deren Budgets stark belastet. Die Bundesregierung hat Kostenersatz versprochen und dafür ca. 100 Mio. Euro vorgesehen. Die tatsächlichen Kosten übersteigen diesen Betrag jedoch um ein Vielfaches.

Daher hat der Österreichische Gemeindebund eine Resolution an die neue Bundesregierung vorbereitet, mit der vom Bund eine sofortige Aufnahme von Gesprächen mit den kommunalen Interessensvertretungen über eine zukunftsfähige Finanzierung sowie ein vollständiger Kostenersatz für die Gemeinden verlangt wird.

Der Gemeinderat beschließt einstimmig, diese Resolution zu unterstützen.

7. Mietzinsbeihilfeansuchen

Unter Ausschluss der Öffentlichkeit werden 5 Mietzinsbeihilfeansuchen einstimmig beschlossen.

8. Allfälliges

- 8.1. Wie in der letzten Gemeinderatssitzung besprochen, hat Amtsleiter Hausberger bei der GEMNOVA weitere Informationen zum Thema Elektronische Vergabe eingeholt. Diese ist erst ab Oktober 2018 verpflichtend; bis dahin stellt die GEMNOVA die in der letzten Sitzung angesprochene eVergabe Lösung den Gemeinden kostenlos zur Verfügung.
- 8.2. Betreffend die Entsorgung der Altstoffe durch die Bewohner der Siedlung am Rattenberger Recyclinghof schlägt Bürgermeister Freiburger/Rattenberg folgende Vorgehensweise vor: Im Jänner können die Bewohner noch wie bisher die Altstoffe am Recyclinghof in Rattenberg abgeben. Dort wird aber bereits darauf hingewiesen, dass dies ab Februar nicht mehr möglich ist und sich Menschen, die kein Auto haben und/oder körperlich nicht in der Lage sind, die Altstoffe zum Recyclinghof Radfeld zu bringen, im Gemeindeamt Rattenberg melden sollen, wo sie registriert werden. Die registrierten Personen können dann in Zukunft beim Friedhof in Rattenberg die Altstoffe abgeben.
- 8.3. Pater Fidelis v. Georgenberg sucht einen Austräger für den Missionsbrief. Der Bürgermeister bringt es im Gemeinderat vor und hat die Pfarre informiert.
- 8.4. In den Medien wurde berichtet, dass es in manchen Gemeinden das Tirol Ticket des VVT um € 180,00 statt € 490,00 gibt. Der Bürgermeister hat recherchiert für eine Bürgerin. Da sich die Gemeinde Radfeld bereits an den Kosten für den Regiobusverkehr beteiligt, ist eine zusätzliche Förderung des Tirol Tickets nicht sinnvoll bzw. wäre eine Doppelförderung. Die Verträge für den Regiobus laufen noch bis 2018. Der Gemeinderat ist nicht dafür, das Tirol Ticket zusätzlich zu den Regiobussen zu fördern.
- 8.5. Der Bürgermeister berichtet: Stefan Zwischenberger hat 1980 einen Grund gekauft und von der Gemeinde die Bestätigung erhalten, dass es sich dabei um Mischgebiet handelt. 1985 hat er ein Bauansuchen gestellt und der Gemeinderat hat das Grundstück umgewidmet in Mischgebiet beschränkt, d. h. im Baubescheid, dass ein Wohnhaus gebaut werden darf, weil keine

Betriebswohnung in der Tischlerei vorhanden ist. Nun möchte seine Tochter Caroline dazu bauen, was jedoch dzt. nicht möglich ist. Die Gemeinde versucht beim Land eine Umwidmung zu erhalten.

- 8.6. Der Bauhof braucht einen neuen Traktor. Das ist vor allem für die Schneeräumung sehr wichtig. Der alte Traktor ist stark reparaturbedürftig. Es braucht auch ein neues Streugerät, einen Schneepflug und eine Kehrmaschine. Der Traktor muss jetzt bestellt werden, damit er noch vor dem Winter geliefert wird. Der Gemeinderat äußert sich dazu wohlwollend.
- 8.7. GR Seiwald fragt nach dem Dorftaxi-Dienst. Der Bürgermeister erläutert, dass dies von der Bereitschaft von ehrenamtlichen Chauffeuren abhängig ist, die bisher nicht gefunden werden konnten. Er schlägt daher vor, im Feber nächsten Jahres das Thema neuerlich anzugehen. Ideal wäre es, wenn das Dorftaxi z. B. auch das Sozialzentrum Münster, die Apotheken in der Umgebung und das Einkaufszentrum Innkauf anfahren würde.

Um 21:39 Uhr beendet der Bürgermeister nach Erschöpfung der Tagesordnung die Sitzung.

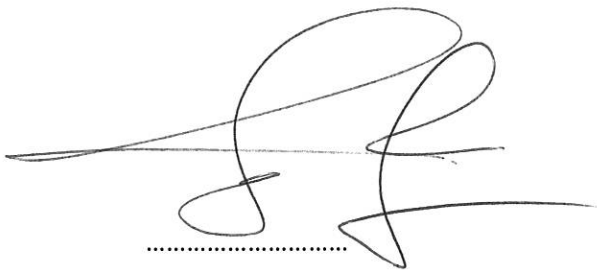
g. g. g. :



.....
(Bürgermeister)



.....
(Schriftführer)



.....
(Gemeinderat)



.....
(Gemeinderat)